

ENOUGH IS ENOUGH

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS



ES GEHT HIER NICHT UM DROGEN SONDERN UM EINE SÄUBERUNG VON ST. PAULI SÜD

Die überbordenden Polizeieinsätze gegen die „öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität“ auf St.Pauli Süd beschäftigt viele Menschen im Stadtteil. Eine solche Eskalation der Maßnahmen gegen den Straßenhandel von sog. Betäubungsmitteln (BtM) hat es seit vielen Jahren nicht mehr gegeben, und so stellt sich die Frage, wieso ausgerechnet jetzt derart drastisch gegen sog. Drogendealer vorgegangen wird. Wir haben uns rund um eine Veranstaltung in der Roten Flora am 13.11.16 einige Gedanken dazu gemacht, die wir im Folgenden festgehalten haben.

THESE.1 Es geht bei den Polizeieinsätzen rund um die Balduintreppe nicht um „Drogen“

Dazu eine kurze Auswertung der kleinen parlamentarischen Anfragen (Drucksachen 21/6363 und 21/5611) von Christiane Schneider (die LINKE) zur Taskforce gegen Drogendealer.

Im Zeitraum vom 20.4. 2016 bis zum 17.10. 2016, also in einem halben Jahr, hat die Taskforce:

- mit dem Arbeitsaufwand von **69.732 Arbeitsstunden**
- **450 Schwerpunkteinsätze** durchgeführt.

Auf St.Pauli wurden dabei in 180 Tagen 172 - mithin täglich - Schwerpunkteinsätze durchgeführt. Schwerpunkteinsätze sind im letzten halben Jahr zum Alltag in St.Pauli geworden.

- dabei wurden **17.321 Personen kontrolliert**

(2026 davon auf St.Pauli bei einer Einwohner_innenzahl von 22.535, in St.Georg 14.641 bei 10.736 Einwohner_innen)

- lediglich 5,32 % Prozent dieser Kontrollen führten zu einer Ingewahrsamnahme oder vorläufigen Festnahme.

94,7 % der Kontrollen ergaben auch für die Polizei **keinen begründeten Verdacht einer Straftat**. Lediglich gegen 0,59% der Kontrollierten, 103 Personen, wurde ein Haftbefehl erlassen.

Um einen solch enormen Aufwand aus drogenpolitischer Sicht zu rechtfertigen, sollten die bei diesen Maßnahmen festgestellten Mengen an BtM erheblich sein. Und zwar so erheblich, dass sie einen maßgeblichen Einfluss auf die für KonsumentInnen verfügbare Menge an BtM haben.

Sprich, es sollte schwerer werden, an BtM zu kommen. Doch in den beiden oben ausgewerteten kleinen Anfragen findet sich zu den festgestellten Mengen BtM, nach denen explizit gefragt wurde, nur folgende Antwort:

„Statistiken im Sinne der Fragestellung werden bei der Polizei nicht geführt. Zur Beantwortung der Frage wäre eine Durchsicht aller Hand- und Ermittlungsakten des erfragten Zeitraums erforderlich. Die Auswertung von mehreren Hundert Akten ist in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.“

Dies verwundert doch sehr, denn eigentlich würde mensch es genau anders herum erwarten: Jedes Gramm Cannabis wird dokumentiert, jedoch nicht festgehalten, welcher personelle Aufwand nötig war, um es festzustellen.

Wenn die Polizei also auch auf explizite parlamentarische Anfrage nicht in der Lage ist, zu benennen, welche Mengen an „Drogen“ bei der Tätigkeit ihrer Taskforce festgestellt wurden, lässt dies nur den Schluss zu, dass es bei der Taskforce nicht um Drogen bzw. Drogenpolitik geht. Auch bei der Durchsuchung des Wohnprojektes Plan B, dem mit 260 Beamt_innen vermeintlich größten Polizeieinsatz gegen die „Drogenszene“ der letzten zehn Jahre, wurde kein Gramm BtM festgestellt, ebensowenig übrigens wie bei den 34 medienwirksam festgenommenen Schwarzen Personen.

Es bleibt also festzuhalten: Bei der Tätigkeit der Taskforce ging und geht es nicht um sog. Drogen. Durch ihre Tätigkeit wird in Hamburg kein Gramm BtM weniger konsumiert als vorher.

enough IS enough

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

THESE.2 Es geht um eine Säuberung des Strassenbildes

Wenn es nicht um Drogen geht, worum geht es dann bei der Tätigkeit der sog. „Taskforce Drogendealer“? Polizeipräsident Ralf Meyer erklärt dies in einem NDR-Beitrag zum Start der Task Force vom 20.4.2016 wie folgt:

„Die Drogenkriminalität kann man nicht unsichtbar machen, das ist uns auch klar, das ist in allen deutschen Städten und Großstädten so [...]. Und wir wissen ja schon, dass der Deal vielleicht woanders stattfindet, in geschlossenen Räumen.“

Die Tätigkeit der Taskforce hat also auch in den Augen der Polizei nichts mit Drogenpolitik zu tun, bzw. ist in diesem Sinne nicht wirksam. Aber - und jetzt kommt Herr Meyer zum Kern des Ganzen:

„Aber hier geht es ja um die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität – und die wollen wir deutlich reduzieren.“

Und der neue Chef des LKA Hamburg, Frank-Martin Heise, meint am 7.11. in der Mopo: „Außerdem können wir die Erscheinungsformen des **offenen** Dealens auf der Straße nicht hinnehmen.“ Herr Grote pflichtet im NDR-Beitrag vom 20.4. bei: Für Anwohner und Gastronomen sei das eine Zumutung - und das schon seit zwei Jahren. „St. Pauli ist auch nicht überempfindlich, was solche Themen betrifft. Aber hier hatten wir eine Situation, die nicht mehr hingenommen werden konnte.“

Die Taskforce „Drogendealer“ dient also dem Zweck, eine bestimmte, als Belastung wahrgenommene Personengruppe, aus dem Straßenbild zu entfernen. Es geht um eine Säuberung des Stadtteils von einer als „störend“ empfundenen Personengruppe.

Und in diesem Sinne resümiert Enno Treumann, Leiter der Taskforce in der Mopo vom 31.7.16:

„Nördlich der Reeperbahn haben wir sogar die ersten Anzeichen dafür, dass die Dealer sich zurückziehen, insbesondere in der Woche. Darüber hinaus erfahren wir positive Resonanz von Anwohnern und Gewerbetreibenden, die Beschwerdelage ist rückläufig.“

Der Zweck der Taskforce ist also sowohl in den Augen der AnwohnerInnen, weniger Beschwerden, als auch der in den Augen der Polizei erfüllt, wenn die Präsenz Schwarzer junger Männer im

Straßenbild deutlich reduziert ist. Es ist also kein Widerspruch, wenn die Taskforce mit einem extrem hohen Aufwand Personen kontrolliert und dabei nur bei weniger als jeder zehnten kontrollierten Person hinreichende Anhaltspunkte für eine Straftat gefunden hat. Darum geht es letztlich auch nicht.

Die polizeilichen Maßnahmen, also permanente öffentliche Kontrollen und Präsenz, stundenlanges Festhalten auf der Wache, brutales Zu-Boden-bringen, Tritte, Schläge, Konfiszieren von Geld und Telefonen sowie Hetzjagden haben das Ziel, Menschen zu zermürben und aus dem Stadtteil zu vertreiben. Es geht um eine Veränderung des Straßenbildes, die an der Präsenz einer bestimmten Personengruppe fest gemacht wird. Ähnlich wie bei Obdachlosen oder HütchenpielerInnen geht es um eine Säuberung des Stadtteiles, indem soziales Elend unsichtbar gemacht werden soll.

Halten wir an dieser Stelle fest:

Die Tätigkeit der Taskforce Drogendealer hat nichts mit Drogen zu tun, sondern mit der Säuberung des Straßenbildes in St.Pauli.

THESE.3 Aber wo kommt jetzt der Rassismus ins Spiel?

Seien es HütchenspielerInnen, Obdachlose oder arbeitssuchende Tagelöhner: gegen gesellschaftliche Randgruppen hat die Mehrheitsgesellschaft meist schon moralische Bewertungen zur Hand, bevor sich mit einzelnen Personen beschäftigt wird. Im Falle junger Schwarzer Männer hat diese Vorverurteilung eine umfassende Bilderwelt erschaffen und greift über den Rahmen eines Vorurteils hinaus. Rassismus ist weit mehr als ein Vorurteil, es ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das das Leben von Menschen auf sehr vielen Ebenen berührt und strukturiert. Dies nur vorneweg, bevor wir uns wieder der Ausgangsfrage zuwenden, wie die polizeilichen Maßnahmen in St. Pauli-Süd zu bewerten sind.

Hilfreich ist es dafür, die weit verbreitete Rassismusdefinition des französischen Soziologen Albert Memmi näher zu betrachten:

„Rassismus ist die **verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede** zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“

Rassismus ist also ein gesellschaftliches Verhältnis, das die ungleiche Beziehung zweier Gruppen beschreibt. Dabei geht es vor allem um Privilegien und Handlungsoptionen bzw. den Ausschluss von eben diesen Privilegien und Möglichkeiten.

genough IS enough

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die oben beschriebene Säuberungspolitik in St. Pauli als rassistisch zu bezeichnen ist.

Nun denn: Da die Konstruktion **„tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede** zwischen zwei Gruppen und deren **verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung**“ ja nicht objektiv bzw. natürlich vorhanden ist, muss das, was mutmaßlich unterschiedlich ist, sowie dessen Bewertung immer wieder neu inszeniert werden. Diese gesellschaftliche Praxis zur Inszenierung der vermeintlichen Unterschiedlichkeit zweier Gruppen wird als Othing bezeichnet. Die Inszenierung von mehr als 17.000 sog. „verdachtsunabhängigen“ Personenkontrollen der Taskforce sind im Kern genau dieses, die öffentliche Markierung einer bestimmten Gruppe anhand äußerlicher Merkmale, und die Inszenierung dieses Unterschiedes, sowie die moralische Bewertung diese Unterschieds.

Spruch: da immer wieder Schwarze Personen im Verdacht des BtM-Handels kontrolliert werden, verstärkt sich die öffentliche Wahrnehmung, dass ausschließlich Schwarze Personen dealen. Dies ist mitnichten der Fall, aber die weißen Dealer werden eben nicht als auffällig der Polizei gemeldet und von dieser kontrolliert. In der Tat wird der Großteil des Handels mit BtM in St. Pauli wohl von nicht-Schwarzen Personen betrieben. Diese fallen im Strassenbild jedoch nicht auf, oder verfügen, wie Herr Meyer als oberster Polizist Hamburgs im NDR Beitrag anmerkt, über geschlossene Räume um den Handel zu betreiben.

Der oben genannte NDR Beitrag vom 20.4.2016 schließt mit der für Polizei und Kamerateam nicht zu klärenden Frage: wieso nun ausgerechnet alle Dealer schwarz sind.

Die Antwort auf diese Frage lautet schlicht: weil die weißen Dealer nicht gesehen werden. Und die polizeiliche Praxis die Fokussierung auf schwarze Junge Männer stetig verstärkt. Die mediale und auch polizeiliche Praxis ist in diesem Sinne farbenblind. Ähnlich farbenblind war die Hamburger Polizei über viele Jahre beim Mord an Süleyman Taşköprü durch den NSU, der für die Hamburger Ermittler klar dem „organisierten Verbrechen alias SOKO Bosphorus“ zugeordnet wurde, und ein neonazistischer Zusammenhang ausgeschlossen wurde.

Daraus ergibt sich das eingespielte Stück:
Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?

Von allen Personen, die dealen, fallen aufgrund bereits vorhandener rassistischer Stereotypen vor allem die Schwarzen Dealer auf. Dies trifft auf eine Vorannahme, dass diese Personengruppe

(junge Schwarze Männer), die nicht zur eigenen Gruppe gehört (nicht Schwarze AnwohnerInnen von St. Pauli) gefährlich ist. Jede öffentliche Polizeikontrolle einer Schwarzen Person, ob nun BtM gefunden wird oder nicht, bestätigt diese Vorannahme der Mehrheitsbevölkerung erneut, so dass im Weiteren mit noch größerer Aufmerksamkeit auf die Anwesenheit nun offensichtlich krimineller Schwarzer junger Männer geachtet wird. Was zu erneut mehr Meldungen von vermeintlichen Dealern respektive Schwarzer Menschen bei der Polizei führt.

Dies führt soweit, dass an normale Streifenpolizisten nur noch die pauschale Anweisung erfolgt, „Afrikaner“ zu kontrollieren. Mit Strafverfolgung hat dies rein gar nichts mehr zu tun. Wie die Bilanz der 34 Festgenommenen bei der Juli-Razzia zeigt, bei der ja bei keinem Einzigen auch nur ein Gramm BtM gefunden wurde. Dealer wird im Zuge der oben beschriebenen Inszenierung zum Pseudonym für Afrikaner bzw. Schwarzer junger Mann, und damit von einer Tätigkeit zu einem Wesenszug. Selbst auf dem Klo, bei Penny oder auf dem Weg zum Musikclub: Schwarze junge Männer sind immer Dealer, nicht weil sie tatsächlich auch bei Penny BtM verkaufen, sondern weil sie immer Schwarz sind.

Um noch einmal Albert Memmi zu zitieren: **Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers.**

Wer an der Inszenierung „Schwarz-Afrikanischer Dealer“ (Originalton Polizei) im Rahmen einer öffentlichen Polizeikontrolle teilnimmt, wird dabei automatisch in den Augen aller ZuschauerInnen und kontrollierten Personen Teil der Inszenierung des rassistischen Stereotyps „krimineller Schwarzer Dealer“. Denn diese Inszenierung ist allen Beteiligten aus vielen vorherigen Aufführungen vor allem in den Printmedien bekannt. Und dies im Übrigen auch, wenn einzelne Beamte diese Kontrolle nicht aus persönlich rassistischen Motiven durchführen sollten.

Die Problematik des Labeling, also der Markierung von Gruppen als kriminell, ist unter Kriminolog_innen ein seit vielen Jahren diskutiertes Phänomen. Es wäre also zu erwarten, dass die Polizeileitung proaktiv versuchen sollte, die möglichen rassistischen Ebenen ihres Handels zu bedenken und in polizeiliche Praxis umzusetzen. Doch von einem reflektierten Umgang mit der Reproduktion rassistischer Bilder in der polizeilichen Praxis kann keine Rede sein – ganz im Gegenteil. Die Polizeikontrollen von jungen schwarzen Männern auf St. Pauli sind eine relevante soziale Praxis zur Inszenierung rassistischer Bilderwelten.

enough is enough

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

Zusammenfassend lässt sich sagen:

1. Bei den polizeilichen Kontrollen im Bereich St.Pauli-Süd geht es nicht um Drogen
2. Es geht um die Entfernung einer Personengruppe, die von relevanten Teilen der BewohnerInnen, Politik und Polizei als anders und bedrohlich empfunden wird.
3. Die polizeilichen Maßnahmen stellen in Art und Durchführung eine Säuberungspolitik dar.
4. Vor dem Hintergrund bestehender rassistischer Stereotypen stellt die Art und Weise der öffentlichen Polizeikontrolle vermeintlicher Drogendealer ein vieltausendfache Otherring, eine fortwährende Reinszenierung rassistischer Bilderwelten im öffentlichen Raum dar.

Die polizeilichen Maßnahmen in St. Pauli Süd sollten daher klar als rassistische Säuberungspolitik kritisiert werden



Über uns

Die Anwohner_innen Initiative Balduintreppe ist ein loser Zusammenschluss von direkten Nachbar_innen der Hafentreppe / Balduintreppe.

Unregelmäßig aber intensiv haben wir uns in den letzten Monaten über die Situation an der Hafentreppe, insbesondere über den Drogenverkauf dort, ausgetauscht. Unmittelbarer Anlass uns zusammen zu finden war der Tod von Jaja Diabi, den einige von uns persönlich kannten.

Der Blog „dead by law“ ist der Versuch der sehr aufgeladenen Debatte gegen „Schwarze Dealer“ Informationen entgegen zu setzen.

In unsere Vorstellung von dem, was St.Pauli sein sollte, passen nicht die täglichen Polizeikontrollen und die ständige Präsenz von Zivilpolizist_innen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es nie der Wunsch der meisten Drogenarbeiter war, in St.Pauli „Drogen“ zu verkaufen. In unseren Gesprächen mit ihnen offenbart sich häufig, neben einer Menge Humor, das ganze Elend globaler Armut bzw. Reichumsverhältnisse.

Dieses Elend mitten unter uns wollen wir nicht akzeptieren. Es ist politisch gewollt und hergestellt und muss ebenso überwunden werden. Wir hoffen darauf, daß es in St. Pauli auch andere gibt, die dieses Anliegen teilen.

Wenn nicht hier, wo dann, soll eine offene Verhandlung darüber stattfinden, wie jenseits der weltweit gescheiterten repressiven Ansätze im Umgang mit Drogenhandel (war on drugs) eine humanere Drogenpolitik aussehen kann.

Und wenn nicht hier, wo dann, kann es gelingen Menschen aus dem globalen Süden dabei zu unterstützen bei uns Ihr Glück zu suchen und auch zu finden. Ein legaler Aufenthalt, eine legale Arbeit und sicheres Wohnen wäre für all jene, die hier auf St.Pauli einer der gefährlichsten Tätigkeiten nachgehen, ein erster Schritt.

Über Anregungen und Debattenbeiträge freuen wir uns, wir sind gespannt.